

Parlamentarischer NordSüdDialog

No. 30 / April 2014



Inhalt

- 2 In Menschen, Wohlstand und Frieden investieren
IV. EU-Afrika Gipfel in Brüssel am 2. und 3. April 2014
- 4 Parlamentarische Partnerschaft: IT Implementierung und Training durch Portugal
- 4 V. Generalversammlung der AWEPA Sektion Österreich am 25. März 2014
- 5 Effekte österreichischer Doppelbesteuerungsabkommen
Gastbeitrag von Julia Braun, Doktoratsstudentin an der WU Wien
- 6 Demokratie – Fundament für Entwicklung
Parlamentarischer Dialog am Rande der griechischen EU-Präsidentschaft am 20. März 2014 in Athen
- 7 Runder Tisch zu „Political Foundations in Development Cooperation“
- 8 FAIRTRADE® Ausstellung im Parlament
- 8 Clean Clothes Kampagne – für faire Arbeitsbedingungen weltweit
Gastbeitrag von Michaela Königshofer, Clean Clothes Kampagne Österreich
- 10 MDGs und ihre Wirkung auf Frauen und Mädchen
Gastbeitrag von Gertrude Eigelsreiter-Jashari, Südwind Entwicklungspolitik NÖ
- 11 Maßnahmen gegen Gewalt an Frauen und Mädchen
Kommentar von Tanja Windbüchler, stellvertretende Vorsitzende der AWEPA Sektion Österreich
- 12 Zahlen, Daten, Hintergründe

Abgeordnete bei
der Eröffnung der
FAIRTRADE®
Ausstellung im
Parlament

Foto: Bildagentur
Zolles, Mike Ranz

Editorial



Sehr geehrte Abgeordnete, liebe Leserinnen und Leser!

Mit Beginn der neuen Projektphase hat der Parlamentarische NordSüdDialog begonnen, seinen Auftritt optisch neu zu gestalten. Neben dem Logo und der Website wurde auch das Layout für den Newsletter adaptiert. Das Ergebnis halten Sie heute in Ihren Händen, und wir hoffen, es gefällt. Unverändert hingegen sind die Richtlinien nach denen das Projekt gestaltet ist: Überparteilichkeit, Ownership, Partizipation.

Unser Streben ist es, Abgeordnete aller Parlamentsparteien in die Arbeit des NordSüdDialoges einzubinden und einen überparteilichen Grundkonsens zu schaffen, Politikkohärenz im Sinne der Entwicklungszusammenarbeit voranzutreiben. Ownership definiert sich über die von den 3 Partnerparlamenten, Österreich, Mosambik und Portugal im Dialog vereinbarten Aktivitäten, die durch die eigenen Mitarbeiter_innen umgesetzt werden. Aufgabe des NordSüdDialog Teams ist es, den Prozess in organisatorischer Hinsicht zu begleiten und monitoren.

Partizipation bedeutet, dass wir versuchen, allen relevanten Stakeholdern durch unsere Aktivitäten im Parlament eine Plattform zu bieten und sie mit Abgeordneten zu vernetzen, sodass ein breiter Dialog gewährleistet ist. Unter diesem Aspekt haben wir auch unser neues Veranstaltungsformat, das NordSüdDialog-FORUM gestaltet. Wir laden bereits jetzt zur Teilnahme am 26. Mai zum Thema „Globale Partnerschaft für Entwicklung – Ein österreichischer Beitrag zur Post-2015 Debatte“ ein. Ziel unserer Arbeit ist es, nachhaltig zu wirken. Sei es in Mosambik, wo eine moderne ICT Struktur entsteht und sich das Parlament erstmals gezielt für seine Bürger_innen öffnet, oder in Österreich, wo unsere aktiven AWEPA Mitglieder die entwicklungspolitische Diskussion im Parlament forcieren.

Jutta Kepplinger

Projektleitung Parlamentarischer NordSüdDialog

In Menschen, Wohlstand und Frieden investieren



Unter diesem Motto fand am 2. und 3. April in Brüssel der EU-Afrika Gipfel von Staats- und Regierungschefs beider Kontinente sowie der Vorsitzenden der EU und AU Kommissionen statt. Dies ist das vierte Treffen dieser Art nach früheren Gipfeln in Kairo (2000), Lissabon (2007) und Tripolis (2010). Ein parlamentarischer Vor-Gipfel wurde am 31. März und 1. April abgehalten.

Die Atmosphäre beim Gipfel wird von Seiten der EU als betont partnerschaftlich beschrieben, fern jedes Paternalismus. Die Delegationen auf afrikanischer Seite stellten schon im Vorfeld klar, dass sie sich eine Partnerschaft wünschen, die mehr auf Augenhöhe stattfindet. Das Motto „Investing in People, Prosperity and Peace“ und die Präsenz von hochrangigen Teilnehmer_innen aus 28 EU und 54 afrikanischen Staaten deuteten an, dass es einerseits stark um Symbolik ging, aber dass andererseits auch die Bedeutung Afrikas in der EU-Politik einen hohen Stellenwert erhält. Dies unterstreichen auch die zahlreichen Treffen im Vorfeld dieses Gipfels: Es fanden u.a. ein Afrika-EU-Wirtschafts-Forum, ein zivilgesellschaftliches Forum und ein afrikanisch-europäischer Parlaments-Gipfel statt.

Dahinter steht auch ein verstärktes wirtschaftliches Interesse Europas an Afrika, denn Afrika verfügt über enorme (strategische) Rohstoffvorkommen, viele Länder sind ökonomisch erfolgreich, weisen hohe Wachstumsraten auf und sind somit als Handelspartner interessant. China hat die Potentiale längst erkannt und wird in Europa schon seit längerem als ernsthafter Konkurrent im Bereich der Handelspartnerschaften und Absatzmärkte in Afrika gesehen. Durch die wachsende Kooperation mit China sind viele afrikanische Länder hinsichtlich ihrer Exporte nicht mehr auf den

europäischen Absatzmarkt angewiesen. China liefert zudem billige Waren ohne politische Konditionalitäten.

Handel zwischen der EU und Afrika

Die EU verhandelt seit vielen Jahren eine Serie von Economic Partnership Agreements (EPAs) mit 78 AKP Staaten bzw. fünf Regionalblöcken innerhalb Afrikas. EPAs zielen laut EU auf die Schaffung einer gemeinsamen Handels- und Entwicklungspartnerschaft ab. Durch die graduelle und kontrollierte Liberalisierung von Handel und des Setzens von Regeln in Sektoren wie Dienstleistung und Investment, sollen die EPAs zu Entwicklung, Wachstum und Arbeitsplatzschaffung sowie regionaler Integration beitragen. Im Gegenzug für den zollfreien Zugang zum EU-Markt, den die AKP-Staaten bereits haben, verlangt die EU eine umfassende Öffnung der afrikanischen Märkte für ihre Produkte. Die afrikanischen Staaten lehnen das mit dem Hinweis auf mangelnde Konkurrenzfähigkeit ihrer Produkte gegenüber subventionierten EU-Produkten und Dienstleistungen ab.

Das lange Fortdauern der Verhandlungen hat die EU-Afrika Beziehungen in den letzten Jahren beeinträchtigt. Die teils sehr positiven Wachstumsraten vieler afrikanischer Staaten sowie die sich intensivierenden Beziehungen mit anderen Partnern im Osten und Süden ließen ein Selbstbewusstsein entstehen,

durch das zahlreiche afrikanische Staats- und Regierungschef_innen in einer aktiveren Rolle als gleichberechtigte Verhandlungspartner_innen gegenüber der EU auftreten.

Die EU erhöhte im vergangenen Jahr massiv den Druck in Bezug auf die Unterzeichnung der EPAs und setzte eine Deadline mit 1. Oktober 2014, ansonsten droht den afrikanischen Ländern der Entzug des Marktzugangs. Es mag deshalb kein Zufall gewesen sein, dass am 6. Februar ein Übereinkommen für die Region Westafrika (ECOWAS) getroffen wurde. Diesem wurde jedoch seitens Nigerias beim Treffen der ECOWAS Staats- und Regierungschef_innen die Anerkennung verweigert; zu groß sind die Befürchtungen ökonomischer Nachteile.

Gemeinsame Herausforderungen

Aufgrund der geographischen Nähe und historischen Beziehungen bestehen zahlreiche gemeinsame Herausforderungen. Die EU will u.a. auch dabei unterstützen, dass die AU (Afrikanische Union) künftig verstärkt die Probleme auf dem Kontinent, die auch Europa betreffen, alleine lösen kann. Dies betrifft u.a. den internationalen Terrorismus und die Flüchtlingsströme.

In der Abschlussdeklaration und der verabschiedeten Roadmap 2014-2017 wurde Friede und Sicherheit als ein zentraler Bereich der Kooperation herausgehoben. Weitere Bereiche umfassen Demokratie, gute Regierungsführung und Menschenrechte, menschliche Entwicklung wie auch nachhaltige und inklusive Entwicklung, Wachstum und kontinentale Integration, und globale Herausforderungen. Eine weitere spezifische Deklaration wurde zum Thema Migration und Mobilität verabschiedet.



Teilnehmer_innen am EP-PAP Treffen im Vorfeld des EU-Afrika Gipfels

Foto: European Parliament / AudioVisual Services for Media, 2014

Bei allen Themen ist jedoch klar, dass die Beziehungen verstärkt business-like gepflegt werden, d.h. beide Seiten sprechen offen über Komplementaritäten und ihre eigenen Vorstellungen und Interessen. Wichtig wird es aber sein, dass es nicht bei politischen Willenserklärungen bleibt. Und in diesem Zusammenhang ist die Kontrolle durch demokratische Institutionen entscheidend.

Treffen von Parlamentarier_innen des EP und PAP im Vorfeld

Im Vorfeld trafen sich Mitglieder sowie die Präsidenten des Europäischen Parlaments (EP) und des Pan-Afrikanischen Parlaments (PAP). Die gemeinsame Deklaration wurde bei der Eröffnungs-Session des EU-Afrika Gipfels präsentiert. In dieser begrüßen die Repräsentant_innen von EP und PAP den steigenden Grad und die erhöhte Intensität der Zusammenarbeit beider Institutionen seit dem letzten Gipfel im Jahr 2010. Die wichtige Rolle aller Parlamente in Bezug auf die Kontrolle der Exekutivorgane und in Bezug auf die Verbesserung von Demokratie und Transparenz wird explizit hervorgehoben und als wichtige Voraussetzung für partnerschaftliche Afrika-EU Beziehungen bezeichnet. Die volle und gleichberechtigte Inklusion

von Parlamenten und Zivilgesellschaft in Entscheidungsfindungsprozesse ist unabdingbare Voraussetzung für die notwendige Rechenschaft gegenüber den Bürger_innen, die Einhaltung demokratischer Prinzipien, Good Governance und Rechtsstaatlichkeit.

Folgende Prioritäten, die für eine nachhaltige und inklusive Entwicklung notwendig sind, sollten im zukünftigen Dialog berücksichtigt werden:

- Frieden und Sicherheit
- Makroökonomische Regierungsführung (für eine bevölkerungszentrierte und inklusive Entwicklung; inklusive eines fairen und effektiven Steuersystems)
- Wirtschaftliche Entwicklung und Handel (mit dem Fokus der Schaffung von Arbeitsplätzen, der Forcierung von intra-afrikanischem Handel und der Industrialisierung Afrikas)
- Soziale Aspekte (Definition von sozialen, ökonomischen und ökologischen Minimumstandards in Bezug auf die Verbesserung der Lebensstandards, beispielsweise Minderheitenrechte, Armut, Umweltzerstörung, Diskriminierung von Mädchen und Frauen, Bildung)

Die Beziehungen zwischen EU und Afrika ...

... sind geregelt durch sich ablösende aber auch sich teilweise überschneidende Politikrahmen. Derzeit relevant ist das Cotonou-Abkommen (2000) und die Gemeinsame Strategie Afrika-EU (JAES). Außerdem verhandelt die EU mit fünf Regionen Afrikas über Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (EPAs).

1975 bis 2000:

Lomé Konventionen I bis IV
Entwicklungszusammenarbeit und Handelsbestimmungen werden festgelegt (99,5 % der Waren aus AKP-Ländern (Afrika, Karibik, Pazifik) haben freien Zugang zum europäischen Markt).

2000:

Cotonou Abkommen
20 Jahre gültig; kann alle 5 Jahre überarbeitet werden; festgelegt sind 3 Dimensionen (EZA, wirtschaftliche Zusammenarbeit/Handel, politische Beziehungen); zentrale Ziele sind Bekämpfung der Armut, nachhaltige Entwicklung und schrittweise Integration der AKP Staaten in die globale Ökonomie.

2007:

Die Gemeinsame Afrika-EU Strategie, Joint Africa-EU Strategy (JAES)

Fokussiert auf 8 Bereiche – Friede und Sicherheit; Demokratische Regierungsführung und Menschenrechte; Handel, regionale Integration und Infrastruktur; MDGs; Energie; Klimawandel und Umwelt; Migration, Mobilität und Arbeitsplätze; Wissenschaft, Informationsgesellschaft und Raumfahrt.

PROJEKTPARTNERSCHAFT

Parlamentarische Partnerschaft: IT Implementierung und Training durch Portugal

Basierend auf dem trilateralen Memorandum of Understanding zwischen Österreich, Mosambik und Portugal reisten in der Zeit von 6. bis 14. März 2014 zwei Kollegen der IT Abteilung des portugiesischen Parlaments, Sérgio Andrade und Ruben Camilo, nach Maputo.



Die Kollegen bei der Arbeit am neuen Server

Foto:
Isabel Nascimento

Ziel der Reise waren On-the-job technischer Support und Schulung der Kolleg_innen in Mosambik. Die in der gemeinsamen strategischen Planung definierten Arbeiten im Bereich Systemadministration sowie Betrieb und Management von Dienstleistungen wurden vereinbarungsgemäß umgesetzt. Schwerpunkte waren die Installation der neu angekauften Helpdesk-Software und die Schulung der IT Mitarbeiter_innen im Management von Zwischenfällen und Serviceanfragen.

Besonderer Schwerpunkt lag dabei auf der Einführung des ITIL-Framework (Information Technology Infrastructure Library), Betrieb und Wartung der IT-Dienste, sowie Nutzungskonzepte und die daraus resultierenden Vorteile für die Nutzer_innen im Parlament. Die Erweiterung des Wireless Netzwerks, die Auflösung einiger Konfigurationsprobleme und die Verbesserung des zentralen Antivirus-Services waren weitere Aufgaben, die erledigt wurden.

Die Maßnahmen unterstützen die Kolleg_innen in Mosambik dabei, den Abgeordneten und Mitarbeiter_innen eine IT Infrastruktur zu bieten, die ein modernes Parlament benötigt, um seinen Aufgaben gerecht zu werden.

V. Generalversammlung der AWEPA Sektion Österreich



Die drei Vorsitzenden der AWEPA Sektion im österreichischen Parlament

Zu Beginn der Generalversammlung am 25. März 2014 stellte die Vorsitzende, Abg.z.NR Petra Bayr, AWEPA und die Sektion Österreich vor, die mit über

100 Mitgliedern eine der größten und aktivsten in Europa ist. Im Sinne von developmentpolitischer Kohärenz sei es wichtig, Abgeordnete aller Themenbereiche und Ausschüsse in die Arbeit von AWEPA und generell in die Entwicklungszusammenarbeit einzubeziehen. Dies wird von der Sektion in diversen Veranstaltungen aktiv unterstützt. Die Vorsitzende zeigte sich auch erfreut darüber, dass durch die Arbeit der AWEPA Parlamente immer mehr als relevante Stakeholder in diversen Prozessen gesehen werden, z.B. auch in der Arbeit rund um die post-2015 Agenda. Dies sollte eigentlich zur Selbstverständlichkeit werden.

Zu Beginn der Berichtslegung über die Aktivitäten der Sektion Österreich

bedankt sich die Vorsitzende bei ihren bisherigen Stellvertreter_innen, Franz Glaser und Judith Schwentner, bei der ADA für die Finanzierung des Projekts, sowie bei der Parlamentsdirektion und dem Team des NordSüdDialogs für die organisatorische Unterstützung.

Nach der Vorstellung der Kandidat_innen wurden diese einstimmig zum neuen Vorsitz gewählt. AWEPA Sektion Österreich Vorsitzende bleibt Abg.z.NR Petra Bayr, SPÖ-Bereichssprecherin für globale Entwicklung. Ihre Stellvertreter_innen sind Abg.z.NR Franz-Joseph Huainigg, Bereichssprecher für Entwicklungszusammenarbeit der ÖVP; und Abg.z.NR Tanja Windbüchler-Souschill, Sprecherin für Außen- und Entwicklungspolitik der Grünen.

Effekte österreichischer Doppelbesteuerungsabkommen

Österreichische Doppelbesteuerungsabkommen fördern österreichische Investitionen, können aber zu geringeren Steuereinnahmen für Entwicklungsländer führen

Julia Braun, Studienautorin¹

Eine neue VIDC-Studie mit dem Titel „A Legal and Economic Analysis of Double Taxation Treaties between Austria and Developing Countries“ untersucht, wie österreichische Doppelbesteuerungsabkommen (DBAs) auf Entwicklungsländer wirken. Die Autorinnen Julia Braun und Daniel Fuentes kommen zu dem Ergebnis, dass DBAs österreichische Investitionsprojekte in Entwicklungsländern stimulieren, aber auch Nachteile für die Entwicklungsländer bringen können, vor allem in Form verringerter Steuereinnahmen.

Mit seiner DBA-Politik strebt Österreich die Stärkung von Österreich als attraktiven Wirtschaftsstandort an. Speziell verfolgt Österreich mit seiner DBA-Politik die Vermeidung internationaler Doppelbesteuerung, die Förderung internationaler Wirtschaftsbeziehungen, die Verbesserung der Rechtssicherheit für Investoren, sowie die Verhinderung internationaler Steuerhinterziehung und Steuerumgehung. Entsprechend dieser Zielsetzungen schließt Österreich vor allem DBAs mit Ländern ab, mit denen es in engen wirtschaftlichen Beziehungen steht. Insgesamt sind derzeit 86 österreichische DBAs in Kraft, davon 37 mit Entwicklungsländern, vor allem im europäischen und asiatischen Raum. Österreich hat vornehmlich mit Ländern mittleren Einkommens DBAs abgeschlossen und nur mit zwei Ländern mit geringem Einkommen (Nepal und Tadschikistan).

DBAs regeln für grenzüberschreitende wirtschaftliche Transaktionen die Verteilung der Besteuerungsrechte zwischen dem Ansässigkeitsstaat (der Staat, in dem ein Unternehmen seinen Sitz hat) und dem Quellenstaat (der Staat, in dem in einer ausländischen Nieder-

lassung Einkommen erwirtschaftet wird). In asymmetrischen Wirtschaftsbeziehungen wie denen mit Entwicklungsländern fungiert Österreich meist als Ansässigkeitsstaat, während Entwicklungsländer häufig in der Position des Quellenstaates sind.

Als Grundlage für seine DBA-Verhandlungen hat Österreich ein Musterabkommen entwickelt, welches sehr stark am OECD Musterabkommen angelehnt ist. Diesem Modell folgend versucht Österreich, die Besteuerung im Quellenstaat möglichst gering zu halten. Beispielsweise wird versucht, möglichst niedrige Quellsteuersteuersätze auf Zinsen, Dividenden und Lizenzgebühren zu verhandeln. Generell strebt Österreich hier eine Nullbesteuerung im Quellenstaat an. Diese Politik kann zu einer Reduktion der Steuereinnahmen dieses Landes führen.

Auch erlauben viele österreichische DBAs mit Entwicklungsländern nur einen „kleinen Nachrichtenaustausch“ und diesen auch nur auf Anfrage. Letzteres ist die Regel in den meisten DBAs weltweit. Die zukünftige Entwicklung wird allerdings wohl in Richtung automatischer Informationsaustausch gehen müssen. Im Februar 2014 wurde von der OECD ein neuer Standard für automatischen Informationsaustausch veröffentlicht.

Auf der anderen Seite scheint es, dass Entwicklungsländer mittleren Einkommens auf eine erhöhte Anzahl österreichischer Investitionsprojekte hoffen können. Die Ergebnisse der Studie deuten darauf hin, dass Länder mit mittlerem Einkommen, die ein DBA mit Österreich unterzeichnen, im Durchschnitt etwa 30 % mehr österreichische

Investitionsprojekte anziehen. Um abzuschätzen, welche Vorteile und Risiken in einem speziellen Fall potentiell bestehen, kann es für Entwicklungsländer sinnvoll sein, Studien zur Folgeabschätzung durchzuführen. Derartige Analysen können helfen, klar zu erkennen, ob und wie spezifische Ziele am besten erreicht werden können und welche „Nebenwirkungen“ zu erwarten sind. Es sollte auch nicht vergessen werden, dass, auch wenn Entwicklungsländer prinzipiell DBAs verhandeln können, die ihren eigenen Interessen am besten entsprechen, sie in DBA-Verhandlungen oftmals in einer benachteiligten Position sind. Oft verfügen sie nicht über die nötige Expertise und Verhandlungserfahrung, um ihre Position durchzusetzen. Darüber hinaus sind sie einem hohen Druck ausgesetzt, die internationalen OECD-Standards zu erfüllen.

Auch für Österreich sind die Ergebnisse dieser Studie relevant. Österreich hat sich gesetzlich verpflichtet, die Ziele und Prinzipien seiner Entwicklungspolitik in allen Politikbereichen, welche Entwicklungsländer betreffen, zu berücksichtigen (§1(5) Bundesgesetz über die Entwicklungszusammenarbeit). Steuereinnahmen sind für Entwicklungsländer eine wichtige Einnahmequelle und können die Abhängigkeit von internationalen Geldgebern verringern. Österreich könnte es daher als angemessen ansehen, seine Politik möglichst niedriger Quellensteuersätze im Lichte dieses Prinzips der „entwicklungspolitischen Kohärenz“ in DBA-Verhandlungen mit Entwicklungsländern zu überdenken.

¹ Braun, J./Fuentes, D. (2014): A Legal and Economic Analysis of Double Taxation Treaties between Austria and Developing Countries. VIDC, Vienna. Weiterführender Link: <http://www.vidc.org/themen/wirtschaft/wirtschaftspolitik/oesterr-steuerabkommen>

AWEPA INTERNATIONAL



Demokratie – Fundament für Entwicklung

Parlamentarischer Dialog am Rande der griechischen EU-Präsidentschaft am 20. März 2014 in Athen

Am Rande der griechischen EU-Präsidentschaft trafen sich griechische Parlamentarier_innen, AWEPA Mitglieder aus Griechenland und den europäischen Ländern, sowie afrikanische und europäische Botschafter_innen zu einem Dialog im Parlament von Griechenland. Ein Schwerpunkt des Dialogs war die fundamentale Bedeutung starker demokratischer Institutionen als wesentliche Voraussetzung für (nachhaltige) Entwicklung.

Inhalte des Treffens waren die Themen Migration und Landwirtschaft. Vor allem das Thema Migration und Entwicklung gewinnt in den letzten Jahren immer stärker an Brisanz. AWEPA ist sich der hohen Sensibilität der Diskussion rund um Migration bewusst. Es ist ein wichtiger und aktueller Aspekt auf dem afrikanischen Kontinent, sowohl was innerafrikanische als auch

interkontinentale Migrationsströme betrifft. Deshalb wurde es auch als Thema für die AWEPA Jubiläumskonferenz im Oktober in Johannesburg gewählt (AWEPA feiert dieses Jahr ihr 30-jähriges Bestehen).

Afrika und Europa brauchen die Zusammenarbeit um auf gemeinsame Herausforderungen zu reagieren, denn diese sind mittlerweile von globaler Relevanz. AWEPA könnte in diesem Zusammenhang als Brücke fungieren. Darüber hinaus bestand Konsens darüber, dass Parlamente unerlässlich sind, um Demokratien zu stärken und um es afrikanischen Bürger_innen zu ermöglichen, die Vorteile der wirtschaftlichen und integrativen Entwicklung zu ernten. Es gilt, die Kapazitäten der Kolleg_innen in den afrikanischen Parlamenten zu stärken und somit die gesamte parlamentarische Leistung in Bezug auf

Gesetzgebung, Aufsicht und Öffentlichkeitsarbeit qualitativ zu verbessern. In den letzten Jahren gab es beispielsweise zum Thema Landwirtschaft bereits zahlreiche Konferenzen, Meetings und Trainings in verschiedenen afrikanischen Partnerländern. Es ging darum, Parlamentarier_innen bei der Ausarbeitung von adäquaten Gesetzen hinsichtlich des Umgangs mit ausländischen Direktinvestitionen, Umwelterstörung, Landrechten etc. zu unterstützen. Dies sind enorme Herausforderungen, zu deren Bewältigung man Information und Know-how benötigt.

Am folgenden Tag fand ein Treffen der Senior Parliamentary Advisors (SPA) von AWEPA statt, an dem der Abg.z.NR Wolfgang Pirkhuber teilnahm, AWEPA SPA für MDGs.

Teilnehmer_innen am
Parlamentarischen
Dialog in Athen
Foto:
AWEPA International



Runder Tisch zu „Political Foundations in Development Cooperation“

Kooperation zwischen AWEPA, Parlamentarischer NordSüdDialog, IUFE und ENoP

Inhalt des Runden Tisches am 18. März 2014 war die Präsentation des Positionspapiers „Political Foundations: Development Cooperation between State and Society“, das von einer Arbeitsgruppe des ENoP (European Network of Political Foundations) erstellt wurde. Johannes Steiner, Geschäftsführer des Wiener Instituts für Umwelt – Friede – Entwicklung (IUFE) begrüßte die Anwesenden und stellte das „Europäische Netzwerk politischer Stiftungen – unabhängige Akteure in der Demokratieförderung, Entwicklungszusammenarbeit und dem politischen Dialog“ (ENoP) kurz vor. Das ENoP wurde im Jahr 2006 gegründet und fungiert als Kommunikations- und Dialoginstrument zwischen den europäischen politischen Stiftungen und Institutionen der Europäischen Union sowie zivilgesellschaftlichen Akteur_innen in den Bereichen Demokratieförderung und Entwicklungszusammenarbeit.

Sidonie Wetzig, die Leiterin der ENoP Arbeitsgruppe zu Development Assistance, erläuterte in ihrer Key Note, dass das Positionspapier ein weiterer Schritt in die Richtung sei, politische Akteur_innen verstärkt in die Entwicklungsdebatte mit einzubeziehen. Im aktuellen bzw. im post-2015 Kontext hat Entwicklungszusammenarbeit andere Herausforderungen zu bewältigen als in den vergangenen Jahrzehnten. Die Welt wurde durch die Globalisierung ökonomisch und sozial interdependenter und diversifizierter. Die Rolle der Bürger_innen hat sich durch die Möglichkeiten der Kommunikation ebenfalls verändert und in vielen Staaten besteht der Wunsch nach weitreichenderer Partizipation. Auf der anderen Seite sind die Strukturen der staatlichen Administration und Regierungsführung den veränderten Umständen (noch) nicht gewachsen. Supranationale bzw. globale Institutionen stehen mit ihren Arbeits-

weisen und Befugnissen den Problemen ökonomischer Krisen, zunehmender Umweltzerstörung, Armutsbekämpfung oder wachsender gesellschaftlicher Ungleichheit oft zahnlos gegenüber. Im Positionspapier wird argumentiert, dass politische Stiftungen als Brückenbauer zwischen politischen und gesellschaftlichen Sphären dazu beitragen können, die Lücke zwischen öffentlicher Politik, globalisierter Wirtschaft und der Zivilgesellschaft zu füllen. Politische Stiftungen haben Zugang zu politischen Prozessen und Entscheidungsträger_innen, sie operieren andererseits jedoch politisch unabhängig und sind transparente und glaubwürdige Partner der Zivilgesellschaft und von Interessengruppen.

ENoP versucht auch die Debatte rund um Politikkohärenz im Interesse der Entwicklung zu forcieren und demokratische Regierungsführung zu unterstützen. Dafür braucht es Awareness Raising auf unterschiedlichen Ebenen.

Petra Bayr betonte in ihrer Stellungnahme, dass man vermeiden müsse, dass politische Stiftungen Aufgaben übernehmen, die den jeweiligen nationalen Entwicklungsagenturen bzw. zuständigen Ministerien obliegen. Es dürfe in diesem Zusammenhang nicht zu einer Konkurrenzsituation kommen, sondern bestenfalls zu Synergien. Für den entwicklungspolitischen Sprecher der ÖVP, Abg.z.NR Franz-Joseph Huainigg, spielen politische Stiftungen aufgrund ihrer Parteinähe eine wichtige Rolle in der EZA. Er sieht es als entscheidend an, Politiker_innen auf allen Ebenen zum Engagement zu bewegen und zu vernetzen. Auch muss die Zusammenarbeit der politischen Stiftungen in den Partnerländern im Sinne eines Beitrags zur Friedenspolitik gewährleistet werden. Ziel muss es sein, die Entwicklungszusammenarbeit in das Denken und Han-



Foto 1: Teilnehmer_innen am Runden Tisch

Foto 2: Abg.z.NR und AWEPA Vorsitzende Petra Bayr mit Sidonie Wetzig, Leiterin der ENoP Arbeitsgruppe zu Development Assistance

Foto 3: Abg.z.NR und stvtr. AWEPA Vorsitzender Franz-Joseph Huainigg und Jakob Mussil von der Aktionsgemeinschaft Globale Verantwortung

deln von Politiker_innen aller Parteien selbstverständlich einzubinden. Auf dieses Ziel sollte man gemeinsam hinarbeiten, um so zu mehr Kohärenz in der politischen Arbeit zu gelangen.

FAIRTRADE® Ausstellung im Parlament

Am 27. März 2014 fand in der Säulenhalle des Parlaments die schon zur Tradition gewordene FAIRTRADE Ausstellung im Rahmen des Projektes Parlamentarischer NordSüdDialog statt.



Foto:
Bildagentur
Zolles KG/
Mike Ranz

Noch vor dem Beginn der Plenarsitzung an diesem Tag konnten sich die Abgeordneten mit einem fairem Frühstück aus Kaffee, Tee und Gebäck stärken. Nationalratspräsidentin Barbara Prammer hatte gemeinsam mit der AWEPA Sektion Österreich und FAIRTRADE

Österreich zu einer Informationsveranstaltung geladen, durch die die Bedeutung von Entwicklungszusammenarbeit und fairem Handel unterstrichen werden sollte.

Im Mittelpunkt der Ausstellung standen diesmal fair produzierte Textilien. Es wurden Initiativen und Möglichkeiten aufgezeigt, wie Kleidung und Textilien vom Rohstoff bis zur Verarbeitung ökologisch und sozial fair hergestellt werden können. Dies soll stärker ins Bewusstsein rücken, sowohl bei den Politiker_innen als auch bei der Bevölkerung. Lohnsklaverei und Textilproduktion, insbesondere bei der Baumwollproduktion, hängen eng miteinander

zusammen, betonte Edeltraud Novy von FAIRTRADE Österreich, und es sei eine Pflicht, dagegen aufzutreten.

Produkte mit dem FAIRTRADE Gütesiegel bieten seit mehr als 20 Jahren die Sicherheit, dass den Produzent_innen von Agrargütern wie Kaffee, Kakao oder Baumwolle in den Ländern des Südens nachhaltige Verbesserungen ihrer Lebensbedingungen gesichert werden. Kleinbauernfamilien bekommen faire Preise, lohnabhängige Arbeitnehmer_innen auf Plantagen, Blumenfarmen oder Teegärten erfahren bessere Arbeitsbedingungen, und dadurch Vertrauen und Sicherheit für eine selbst bestimmte Zukunft.

Clean Clothes Kampagne – für faire Arbeitsbedingungen weltweit

Gastbeitrag von Michaela Königshofer, Clean Clothes Kampagne Österreich

Kleidung wie Hemden, T-Shirts oder Hosen legen tausende Kilometer zurück bis sie in Österreich im Geschäft landen. Die Reise vieler dieser Stücke

beginnt auf Baumwollfeldern. Sie wird gepflückt, gereinigt, gesponnen und zu Stoff verarbeitet. Dieser wird gefärbt, zugeschnitten und zusammengenäht.

Die unterschiedlichen Verarbeitungsschritte geschehen nicht am gleichen Ort, oft nicht einmal im gleichen Land oder auf dem gleichen Kontinent.

Fotos aller
Abgeordneten
Dominik
Schallauer



STATION BAUMWOLLPLANTAGE

Baumwolle ist eine sehr anspruchsvolle Pflanze. Sie braucht viel Wasser und ist anfällig für Schädlingsbefall. Deshalb wird auf Baumwollplantagen ein Viertel der weltweit eingesetzten Schädlingsvernichtungsmittel gespritzt. Zum Nachteil für die Menschen, die tagtäglich mit den Pflanzen in Berührung kommen. In diesem giftigen Umfeld arbeiten laut UNICEF allein in Indien 220.000 Kinder unter 14 Jahren. In Usbekistan werden jedes Jahr mehr als eine Million Jugendliche und Erwachsene vom Staat auf in die Baumwollfelder geschickt, wo sie wochenlang unter prekären Bedingungen Baumwolle pflücken müssen. Die Schulen bleiben dann über Wochen geschlossen.

STATION SPINNEREI

Nachdem die Baumwolle gepflückt und gereinigt wurde, wird sie versponnen. In der indischen Region Tamil Nadu sind zahlreiche Spinnereien angesiedelt, die die Baumwolle zu Garn verarbeiten. Junge Mädchen stehen 16 Stunden und mehr an den Maschinen. Für das Versprechen von guter Bezahlung, bequemer Unterkünfte und Geld für ihre Mitgift verpflichten sich geschätzte 100.000 bis 150.000 junge indische Frauen als Arbeitskräfte in Spinnereien.

„Sumangali Programm“ wird die systematische Anwerbung von jungen, unverheirateten Mädchen aus armen Familien genannt. „Es war wie in einem Gefängnis“, erzählt Rohini von ihrer Zeit in einer Baumwollspinnerei. Die

Mädchen werden zu den Fabriken gebracht und dort in Baracken einquartiert. Sie sind umgeben von Zäunen. Das Gelände dürfen sie einmal im Monat unter Aufsicht verlassen. Besuche der Eltern werden nur gegen Vorlage eines Fotos ihres Kindes erlaubt. Anrufe sind beschränkt und werden streng überwacht.

STATION NÄHFABRIK

In den Nähfabriken arbeiten weltweit Millionen von jungen Frauen, die unsere Kleider, Jacken und Hosen zusammennähen. In unsicheren Fabrikbauten riskieren sie ihr Leben für einen Lohn, der kaum zum Leben reicht. Im vergangenen Jahr ist das Rana Plaza Gebäude in Bangladesch zusammengestürzt. In den darin untergebrachten fünf Nähfabriken arbeiteten rund 3.900 Menschen im Auftrag von europäischen Bekleidungsunternehmen wie KiK, Benetton oder NKD. 1.138 Arbeiter_innen haben den Einsturz nicht überlebt.

Trotz 12 bis 16 Stunden harter Arbeit jeden Tag verdienen die Näher_innen kaum genug um ausreichend Essen für sich und ihre Familie kaufen zu können. Nicht nur in Bangladesch. In Kambodscha verdienen Arbeiter_innen beispielsweise 100 US-Dollar im Monat. Das sind nur 25 Prozent von einem existenzsichernden Lohn, der es den Näher_innen und ihrer Familien ermöglichen würde, ein menschenwürdiges Leben zu führen. D.h. die Familie ausreichend ernähren zu können, für Kinder eine Schulbildung finanzieren und im Krankheitsfall Medikamente kaufen zu können.



Foto 1: Arbeiterin an der Nähmaschine, Foto: Alessandro Brasile

Foto 2: Informationen zur Herkunft unserer Bekleidung von Clean Clothes bei der FAIRTRADE Ausstellung, Foto: Dominik Schallauer

STATION ÖSTERREICH

Die Clean Clothes Kampagne deckt ausbeuterische Arbeitsbedingungen auf und macht als Solidaritäts-Kampagne die Stimmen der Näher_innen in Österreich hörbar. Sie mobilisiert erfolgreich Konsument_innen und kann über die



Öffentlichkeit Druck auf Unternehmen ausüben. Aber auch die österreichischen Politiker_innen können auf die Arbeitsbedingungen der Näher_innen Einfluss nehmen. Sie können sich in ihrem eigenen Klub, bei Veranstaltungen und

Wahlkämpfen für sozial faire Produkte entscheiden. Ein wichtiges Thema ist auch die öffentliche Beschaffung. Steuergeld sollte nicht für Produkte ausgegeben werden, bei deren Herstellung Menschen ausgebeutet wurden.

Nähere Informationen über die Clean Clothes Kampagne unter www.cleanclothes.at und über die faire öffentliche Beschaffung unter www.sofair.at und www.fairebeschaffung.at

MDGs und ihre Wirkung auf Frauen und Mädchen

„Herausforderungen und Erfolge bei der Umsetzung der Millenniumsentwicklungsziele (MDGs) für Mädchen und Frauen“ war das Hauptthema der diesjährigen Frauenstatuskommission (CSW – Commission on the status of women) der Vereinten Nationen in New York.

Gastbeitrag von Gertrude Eigelsreiter-Jashari, Südwind Entwicklungspolitik NÖ, Mitglied der österreichischen Regierungsdelegation zur 58. CSW-Sitzung



Plenarsaal bei der CSW Konferenz

Foto: Gertrude Eigelsreiter-Jashari

Nach 14 Tagen harter Verhandlungen – anfänglich in recht freundlicher Atmosphäre, später zunehmend angespannt – hat die CSW 2014 in ihrer 58. Sitzung ein moderates, mäßig fortschrittliches Abschlussdokument unter reger Teilnahme von NGOs verabschiedet. Nach dem „historischen“ (Ban Ki-moon 2013) Abschlussdokument im vergangenen Jahr zum Thema „Gewalt gegen Frauen und Mädchen“, über dessen fortschrittlichen Text sich alle Menschenrechtsorganisationen hoch erfreut zeigten, waren die Erwartungen an die CSW auch 2014 groß. Neben den verhandlungsführenden Vertreter_innen der Staaten, darunter etwa 70 Minister_innen, waren auch ca. 3000 NGO-Vertreter_in-

nen anwesend, die den Prozess nicht nur beobachteten sondern auch aktiv begleiteten. Parallel zum jährlichen Großereignis der Vereinten Nationen zu Frauenrechten fanden 135 Side-Events von UN-Institutionen und an die 300 Veranstaltungen der NGOs statt.

Inhalte und strittige Punkte

Obwohl die Millenniumsentwicklungsziele in manchen Gebieten einige Fortschritte für Frauen und Mädchen erzielten, wird ihre mangelhafte Umsetzung beklagt. Dies wird in direktem Zusammenhang mit der fehlenden Verwirklichung der seit 1995 bei der letzten UN Weltfrauenkonferenz in Beijing geforderten Gleichstellung und des Empowerment für Frauen und Mädchen gesehen.

Strukturell verankerte Benachteiligungen von Frauen wie anhaltende Lohnunterschiede, ihr disproportionaler Anteil an unbezahlter Betreuungsarbeit, ihr geringerer Anteil an Machtpositionen und in Entscheidungsprozessen oder das Weiterbestehen von diskriminierendem Verhalten, Regeln und Rechtssystemen behindern nach wie vor den Fortschritt. Die Kommission empfiehlt dringend, Frauen den Zugang zu Chancen und Ressourcen, einschließ-

lich hochwertiger Bildung, Kontrolle über und Besitz von Grund und Boden und anderen Betriebsmitteln, sowie zu sexueller und reproduktiver Gesundheit und zur vollen Teilnahme an Entscheidungsfindungen im öffentlichen und privaten Bereich zu ermöglichen. Aufgezeigt wird auch, dass hierfür nicht nur der politische Wille sondern auch die entsprechenden Ressourcen zur Verfügung gestellt werden und daher die Finanzierung zur Unterstützung von Frauen signifikant erhöht werden müssen. Die nicht ganz neue Erkenntnis, dass die Gleichstellung von Frauen Fortschritt für alle bedeutet, wurde bekräftigt.

Strittige Punkte waren einmal mehr die Begriffe „Familien“ und „Gender“. Konservativfundamentalistische Staaten lehnten bereits im Vorfeld jegliche Referenz auf die Realität unterschiedlicher Formen von Familien ab. Auch die Hinweise auf sexuelle Orientierung und Genderidentität mussten ausgespart werden. Hinsichtlich der globalen ökonomischen Situation fiel das Dokument erwartungsgemäß enttäuschend aus. Versuche einzelner Staaten, die finanziellen und wirtschaftlichen Krisen als Ursache für schlechtere Lebenschancen

von Frauen und Mädchen und als Folgerung eine grundlegende Änderung des globalen Wirtschaftssystems als erforderlich aufzuzeigen, mussten scheitern. Die Länder des Nordens, allen voran die USA und natürlich auch die EU, sprachen sich eindeutig dagegen aus.

Post 2015-Entwicklungsagenda
Neben der Umsetzung dieses und aller vorangegangener globaler Frauenrechtsdokumente – auch auf nationaler Ebene – ist es besonders wichtig, Frauenrechte und -anliegen im komplexen Prozess der Post 2015-Agenda zu verankern. Konkret werden dazu im Abschlussdokument im Absatz 43 die Staaten aufgefordert, die verbleibenden Herausforderungen transformativ und umfassend anzugehen, die Stärkung von Frauen, die Gleichstellung der Geschlechter und die Menschenrechte von Frauen und Mädchen in einem eigenständigen Ziel (Stand-alone-goal) in einem neuen Entwicklungsrahmen zu verankern und

diese Vorsätze gleichzeitig durchgängig mittels Gender-Indikatoren in alle anderen Ziele zu integrieren (Gender Mainstreaming).

Es ist davon auszugehen, dass der Post 2015-Entwicklungsrahmen – ähnlich wie die MDGs bisher – hinsichtlich seiner Wertschätzung durch die Allgemeinheit die Wirkung internationaler Frauenrechtsinstrumente (wie etwa die Erklärung und Aktionsplattform von Peking) überlagern wird. Entscheidend für die Zukunft wird daher sein, ob es gelingt, den Konsens der Frauenstatuskommission 2014 über ein eigenständiges Ziel zu Gendergerechtigkeit und die Verankerung von Bekenntnissen zu Frauenrechten in alle anderen inhaltlichen Bereiche des Post 2015-Programms in die dazu stattfindenden internationalen Diskurse und Verhandlungen, die nach wie vor stark androzentrisch geprägt sind, einzubringen und dort gewichtig und umfassend festzuschreiben.

Alle Infos zur Frauenstatuskommission 2014, auch die hochkarätigen Expert_innendokumente der Vorbereitung, abrufbar unter: <http://www.unwomen.org/en/csw/csw58-2014>



Die Autorin mit der österreichischen CEDAW-Komitee-Kandidatin 2015-18, Lilian Hofmeister und Botschafter Martin Sajdik, Präsident von ECOSOC
Foto: Gertrude Eigelsreiter-Jashari

Maßnahmen gegen Gewalt an Frauen und Mädchen

Kommentar von Tanja Windbüchler, Sprecherin für Außenpolitik und Entwicklungszusammenarbeit und stellvertretende AWEPA Vorsitzende, Die Grünen im Parlament

Im ersten außenpolitischen Ausschuss nach der Nationalratswahl 2013 bestand über die Parteigrenzen hinweg Konsens darüber, dass Österreich verstärkt Akzente gegen Misshandlungen von Frauen und Mädchen setzen muss. Die Abgeordneten verabschiedeten einstimmig einen Grünen-SPÖ-ÖVP-Antrag, dass die Regierung auf allen Ebenen engagiert gegen jedwede Praktiken, wie FGM oder Zwangsverheiratung von Kindern, die auf Tradition, Kultur, Religion oder Aberglauben basieren (Harmful Practices based on Tradition, Culture, Religion or Superstition) auftreten soll. Die Forderung an Außenminister Sebastian Kurz lautet, dass er

im Rahmen der Weiterentwicklung der UNO-Millenniumsziele einen klaren Fokus auf die Verhinderung von Kinder- und Zwangsehen weltweit setzen soll, nicht zuletzt um die Müttersterblichkeit zu reduzieren. Ursprung der Initiative war der Antrag zu 232A/E* gegenüber „gender based violence“ keine Toleranz zu üben.

Demokratie steht auf den Säulen Frieden (Peace and Security), Entwicklung (Development) und Rechtsstaatlichkeit (Rule of Law). In all diesen Punkten ist es immens wichtig, auf Ebene der Parlamente eng zusammen zu arbeiten. Parlamentarier_innen sollen sich im

Kampf gegen Korruption, für demokratische Wahlen und gegen jede Form von Diskriminierung zusammenschließen. Der NordSüdDialog und AWEPA sind dafür hervorragende Instrumente. Die Ausrichtung der Nachfolgeziele der Millennium Development Goals werden für die weitere Zusammenarbeit entscheidend sein. Österreich hat die internationale und nationalstaatliche Verantwortung zu übernehmen, Armut zu verringern, Bildung für alle zu ermöglichen, auf Umwelt und Klima zu achten, Frauen zu stärken und Kinder zu schützen!

*(http://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXV/A/A_00232/index.shtml)

ZAHLEN / FAKTEN / HINTERGRÜNDE

ZUM ZUSTAND VON FREIHEIT UND DEMOKRATIE WELTWEIT

In seiner Rede vor Hunderten Zuhörer_innen im historischen Sitzungssaal des Parlaments am 28. Februar 2014 betonte der ehemalige UN-Generalsekretär Kofi Annan ausdrücklich die Wichtigkeit von freien und fairen Wahlen als eine Grundfeste von Demokratie. Um Wahlen – und somit den Volkswillen – jedoch nicht bloße Kosmetik sein zu lassen, sind Rechtsstaatlichkeit, ein pluralistisches (Parteien)System und die Freiheit der Bürger_innen notwendige Voraussetzung. Auch eine soziale und wirtschaftliche Entwicklung muss mit einer Demokratisierung einhergehen, um eine zunehmende und entwicklungshemmende Polarisierung der Gesellschaft zu verhindern. Die Achtung der Menschenrechte muss Basis und unumstößlicher Grundpfeiler jeder Entwicklung sein.

“We must never take democracy for granted. Democracy needs to be defended and defined. It is a requirement for peace and human rights.”

Kofi Annan, 28.2.2014, österreichisches Parlament.

Im jährlich erscheinenden Bericht „Freedom in the World“ zu globalen politischen Rechten und bürgerlichen Freiheiten des Freedom House (www.freedomhouse.org) wird ein gemischtes Bild der erwähnten Voraussetzungen gezeichnet. Global gesehen

gab es in mehr Ländern (54) Rückschritte als Fortschritte (40 Länder) – dieser Trend setzte sich das achte Jahr in Folge fort. Zentrale Ausprägungen des „modernen Autoritarismus“ sind dabei die Lähmung der politischen Opposition, die (nicht gewaltsame, jedoch faktische/machtbezogene) Einvernahme von Institutionen, die den gesellschaftlichen und politischen Pluralismus vertreten (inkl. Exekutive und Legislative, Medien, Judikatur, Militär, Zivilgesellschaft und Wirtschaft).

Politische und zivile Rechte und Freiheiten

Politische Rechte

1. Freie und gleiche Wahlen
2. Politischer Pluralismus und Partizipation (z.B. Parteiensystem, politischer Wettbewerb, Minderheitenrechte)
3. Arbeitsweise/Führungsstil der Regierung (z.B. Transparenz, Korruption, Fähigkeiten der gewählten Repräsentant_innen)

Zivile Rechte

4. Freiheit der Meinungsäußerung und des Glaubens (z.B. Medien, akademische Freiheiten, private Meinungsäußerung)
5. Versammlungs- und Organisationsfreiheit
6. Rechtsstaatlichkeit (z.B. unabhängige Gerichtsbarkeit, Gleichstellung von Minderheiten)
7. Persönliche Freiheit und individuelle Rechte (z.B. Eigentumsrechte, Frauen- und Familienrechte, Schutz vor ökonomischer Ausbeutung)



Map of Freedom – © Freedom House, www.freedomhouse.org (2.4.2014)